



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Christian Fli-
sek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher,
Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild** und **Fraktion
(SPD)**

Universitätsstandort Erlangen-Nürnberg sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der zur uneingeschränkten Aufrecht-
erhaltung des Lehrbetriebs an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
(FAU) dringend erforderlichen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen endlich aktiv zu
werden.

Im Einzelnen bedeutet das:

1. Die Staatsregierung legt dem Landtag unverzüglich, also spätestens bis zur parla-
mentarischen Sommerpause, eine solide, belastbare und umfassende Kostenauf-
stellung vor. Dies betrifft insbesondere – aber nicht abschließend – den Umbau des
„Himbeerpalasts“, die Generalsanierung des Kollegienhauses, den Neubau eines
Hörsaalgebäudes an der Henkestraße/Langemarckplatz, die Sanierung und Neu-
bauten für die Chemie, Werkstoffwissenschaften und Kunststofftechnik und den
Neubau von Hörsaalgebäuden im Südgelände, den Ersatzneubau für die Erzie-
hungswissenschaften in Nürnberg sowie die Sanierung des Altbaus der Wirtschafts-
wissenschaften in der Findelgasse 7/9 in Nürnberg.
2. Die Staatsregierung legt dem Landtag unverzüglich, also spätestens bis zur parla-
mentarischen Sommerpause, eine Aufstellung über die für den zügigen und umfas-
senden Fortgang von Planung und Bau an der FAU erforderlichen Gelder in den
Jahren 2019 (Bereitstellung ggf. durch Umschichtung) und 2020 aber auch für die
Folgejahre vor.
3. Die Staatsregierung legt dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen so
bald wie möglich die für den zügigen und umfassenden Fortgang von Planung und
Bau an der FAU erforderliche Haushaltsunterlage Bau (HU-Bau) vor und berück-
sichtigt alle erforderlichen Maßnahmen in ihrem Entwurf für den Nachtragshaushalt
2020 sowie in den folgenden Haushaltsplänen.

Begründung:

Anfang Juli 2018 sagte Ministerpräsident Dr. Markus Söder der FAU rund 1,5 Mrd. Euro
zu. Diese Mittel für die wissenschaftliche Infrastruktur sind dringend erforderlich, damit
die FAU auch künftig im internationalen Wettbewerb nicht nur bestehen kann, sondern
weiterhin in der Spitzengruppe zu finden ist.

Der von der Staatsregierung eingebrachte und vom Landtag mit der Mehrheit von CSU
und FREIEN WÄHLERN beschlossene Haushaltsplan für 2019 und 2020 sieht für zahl-
reiche notwendige Investitionsmaßnahmen an der FAU keinerlei Mittel vor.

Nach Darstellung der Universitätsleitung im Kuratorium der FAU kann die Universität auf Basis dieses Haushaltsplans den Lehrbetrieb nicht mehr uneingeschränkt aufrechterhalten. Bereits zum Wintersemester 2019/2020 sollen zahlreiche Studiengänge eingestellt bzw. Neueinschreibungen nicht zugelassen werden. Dies ist eine Folge davon, dass für zahlreiche Gebäude der FAU wegen erheblicher Mängel die Betriebsgenehmigungen befristet sind und in den kommenden Jahren auslaufen.

Ohne diese Gebäude bzw. die für diese Gebäude vorgesehenen Ersatzneubauten verfügt die FAU aber nicht über ausreichend Räumlichkeiten, um die Studierbarkeit der nun von einer Einstellung bedrohten Studiengänge sicherzustellen. Auf dieser Basis darf die FAU keine Neueinschreibungen mehr zulassen. Die Staatsregierung steht in der Pflicht, den Universitätsstandort Erlangen-Nürnberg zu sichern und die für die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs notwendigen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen umgehend zu finanzieren. Dafür sind die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen.